

Und ich würde zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Ministerrat, die hier natürlich Mitverantwortung tragen, denn der Bildungsminister ist bekanntlich nicht der Finanzminister, ich werde also zusammen mit ihm und auch im Einvernehmen mit ihm mich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß nichts preisgegeben wird und daß wir insbesondere der derzeitig zu beobachtenden Erosion wehren.

Über die sozialen Einrichtungen hinaus, die Frau Barbe erwähnt hat, muß man ja hier auch hinweisen auf das betriebliche Berufsbildungswesen, auf die polytechnischen Zentren. Wir haben uns gestern im Ministerrat mit dieser Frage beschäftigt. Wir werden also dagegen mit Energie einschreiten, und ich kann mir doch die Bemerkung nicht verkneifen, daß dort offensichtlich Verantwortliche in der Wirtschaft einen sehr fragwürdigen Gebrauch machen von dem, was ihnen früher in M/L-Seminaren über das Verhalten von Kapitalisten beigebracht worden ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Unser Hauptziel ist, und ich nehme hier die Hinweise des Abgeordneten Dr. Eimer auf, unser Hauptziel ist jetzt in bezug auf die Schule Differenzierung und Flexibilität. Ich würde sogar von Individualisierung sprechen. Damit meine ich natürlich nicht Einzelunterricht. Ich meine, die Schule sollte den besonderen Begabungen und Interessen der jungen Menschen auch besonders entgegenkommen. Sie sollte dort ansetzen.

Und sie sollte ihnen zugleich helfen, Schwächen zu überwinden und zu kompensieren. Ich gehe einmal schlicht, indem ich eine Bemerkung, eine Formulierung des Abgeordneten Dr. Eimer aufnehme, davon aus, daß die meisten Schüler zugleich begabt und leistungsschwach sind. Sie sind eben begabt für bestimmte Dinge und leistungsschwach in anderen. Das ist jedenfalls meine eigene Erfahrung in meinem Bildungsweg.

Ich denke, daß wir der jeweils spezifischen Stärke der einzelnen Schüler entsprechen sollten, aber daß wir nicht rein akademischen oder theoretischen Bildungszielen eine einseitige Bevorzugung einräumen sollten, daß die Werteskala nicht beispielsweise allein vom Hochschulstudium her geprägt werden darf. Das bedeutet nämlich automatisch, stärker praktische Begabungen schlicht abzuqualifizieren, und das ist einfach ein Unding und wird vielen Menschen nicht gerecht.

In der derzeitigen Phase der Bildungspolitik sollten wir uns meiner Auffassung nach darauf konzentrieren, die Freiräume für Differenzierungen innerhalb eines generellen Schulsystems zu nutzen. Das schließt in meiner Sicht alternative Schulmodelle innerhalb genereller Rahmenbedingungen nicht aus. Wir brauchen sie als ein Innovationspotential ganz sicher.

Wir alle wissen, meine Damen und Herren, daß unter Mißachtung der deutschen akademischen Traditionen Lehre und Forschung einem ideologischen Monopol untergeordnet wurden und daß die Selbstverantwortung der Universitäten und Hochschulen systematisch zerstört worden ist. Existentielle Formen akademischen Lebens, wie beispielsweise die Berufung durch fachkompetente Kollegien des Lehrkörpers oder die wirkliche Wahl in akademische Ämter, wurden durch Kaderentwicklungspläne und Direktiven ersetzt. Es ist daher durchaus verständlich, daß Mißtrauen herrscht gegenüber den Ergebnissen einer solch langjährigen Kader-, Entwicklungs- und Bildungspolitik.

Nun bin ich mir natürlich im klaren: Mit Sicherheit haben wir noch keine transparenten Leitungsstrukturen und Berufungsverfahren. Wir brauchen sie dringend. Haben wir sie, dann haben wir auch die Sicherheit, daß die Freiheit von Lehre und Forschung einen intensiven akademischen Wettstreit um Ideen und Qualität ermöglicht. Und dieser intensive akademische Wettstreit wird auch zu jener frischen Zugluft führen, die Sterilität und Inkompetenz der nach oben Geschobenen beiseite schieben wird.

Ich will allerdings ganz freimütig hinzufügen, ich will ganz deutlich sagen: Ich vermag nicht zu sehen, was durch einen generellen Berufungsstopp zu gewinnen wäre. Meines Erachtens wären zwei negative Ergebnisse mit Sicherheit zu erwarten: 1. eine Verunsicherung der sich ohnehin jetzt nur sehr mühsam auf den Weg machenden Universitäten und Hochschulen und - im Blick auf so manchen Berufungskandidaten will ich das doch

sagen - auch Ungerechtigkeit gegenüber jenen, die unter den neuen Bedingungen nun endlich die Chance erhalten werden.

Was mir allerdings notwendig erscheint, da wir noch keine transparenten Berufungsverfahren haben, ist, daß wir Berufungskandidaten öffentlich präsentieren, also aus dem Raum der akademischen Entscheidungsgremien herausholen, so daß eine faire Möglichkeit, eine realistische Möglichkeit besteht, daß sowohl ihre wissenschaftliche Kompetenz als auch ihre demokratische Gesinnung auch außerhalb dieser Gremien erörtert werden kann. Und wir denken gegenwärtig im Ministerium für Wissenschaft und Bildung über die geeigneten Formen dafür nach.

Ich setze jedoch primär auf die Selbstheilungskräfte der akademischen Gemeinschaft, die jetzt aus der Isolierung befreit ist und sich sehr bald im gesamtdeutschen und dann im europäischen Wettstreit zu bewähren hat. Diesen Prozeß, diese Wettstreitsituation zu ermöglichen und zu befördern halte ich für die wichtigste Aufgabe der Bildungspolitik.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Also was mir hier deutlich fehlt, ist mein Freund von der letzten Sitzung. Ich muß einfach darum bitten - es gibt einige Minister, die kommen sonst nicht mehr zum Antworten, weil sie anderen Verpflichtungen nachkommen müssen, wenn wir bis abends fortsetzen. Ich darf Sie bitten ...

Prof. Meyer, Minister für Bildung und Wissenschaft:

Ich sage noch zwei Worte, wenn Sie gestatten, Herr Präsident. Ich antworte noch auf zwei besondere Anliegen:

Das erste ist das Anliegen der Kompatibilität der Ausbildung im Fachschulwesen. Wir sind uns voll darüber im klaren, daß hier das Problem der Kompatibilität am dringendsten ist. Wir müssen natürlich hin zu einem leistungsfähigen Fachhochschulwesen und andererseits zu einem viel breiter differenzierten Berufsbildungswesen, das auch solche Berufe einschließt, die in der Bundesrepublik notwendigerweise und üblicherweise Abitur voraussetzen. Daran wird gearbeitet und gedacht.

Und ich will doch noch auf die Sorge von Frau Birthler eingehen, was den Geschichtsunterricht angeht, daß sozusagen die DDR und die Bundesrepublik nicht genügend zunächst getrennt gesehen und gedacht werden, bevor man dann ein gemeinsames Geschichtsbild entwickelt. Ich glaube, hier liegt eine Sorge zugrunde, zu der ich doch eine generelle Aussage machen möchte, nämlich, die Sorge vor Vereinheitlichung und Vereinnahmung, die ich überhaupt nicht als Begründung empfinden kann, denn wir legen doch die Grundlagen für unseren Beitrag, d. h. für den Beitrag der künftigen Länder der heutigen DDR, in einer künftigen gesamtdeutschen Bildungslandschaft, und diese künftige gesamtdeutsche Bildungslandschaft hat eine föderative Struktur, d. h., daß die Deutschen in diesem Teil Deutschlands ihren Gestaltungswillen und ihren Erfahrungshintergrund in den dann von ihnen zu verantwortenden gesamtdeutschen Teil in einem gesamtdeutschen föderativen Bildungswesen voll einbringen können und voll einbringen müssen. Das wird uns überhaupt niemand abnehmen. Und daher meine ich, daß wir hier eine echte Gestaltungschance haben. Daß wir dies natürlich tun mit der notwendigen Abstimmung im gesamtdeutschen Rahmen und - soweit möglich - im europäischen Rahmen, das liegt in unserem ureigenen Interesse.

Ich bitte den Herrn Präsidenten um Verzeihung, daß ich seine Geduld strapaziert habe und danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. - Ein Vertreter der Fraktion der Liberalen, ein Vertreter der Fraktion der SPD und ein Vertreter der CDU.

(Zuruf von der PDS: Da ist keine Opposition dabei. Das gibt es doch überhaupt nicht).

Ich bitte Sie, wir führen hier oben Statistik und versuchen, gleichmäßig zu verteilen. - Bitte.